

Format de citation

Weichlein, Siegfried: Rezension über: Benjamin Ziemann, *Contested Commemorations. Republican War Veterans and Weimar Political Culture*, Cambridge: Cambridge UP, 2013, in: *Neue Politische Literatur*, 59 (2014), 2, S. 314-316, DOI: 10.15463/rec.1189740796, heruntergeladen über Website

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

against the taxes of knowledge intrinsic to such a work written by one of the key figures in the movement. Hewitt, on the other hand, in chapter 2 – as well as in other places – nicely highlights the different agendas pro and contra the repeal and concludes that while the anti-taxes movement originating from Chartism “invoked the repeal [...] as a basis for cross-class alliance” (p. 15), “suspicion of the broad rhetoric of ‘taxes of knowledge’ was wide-spread” (p. 18).

In chapters 4 and 5 on the repeal of the advertising, stamp and paper duties from 1851 to 1861, Hewitt further expands his political history perspective on the repeal to the anti-taxes associations’ influence on and interaction with legislation and national budgets during Disraeli’s and Gladstone’s chancellorships, especially emphasising Gladstone’s engagement for the abolishment of the taxation. Hewitt not only outlines parliamentary legislation’s bearing on price and content but also size and distribution of periodicals. On the other hand, he indicates how political events – such as the Crimean War – influenced the demand for news and, hence, induced a shift in the market towards cheap papers.

The influence of the taxes’ repeal on the cheap press in general is further explicated in chapters 6 and 7 with more focus on commercial aspects of print culture. Here the author presents in book-history and periodical-studies fashion a large number of helpful tables and figures on the press’ development after the repeal. He observes a stability of elements (such as a continuation of main titles, newspaper layout as well as genres and forms of journalism). On the other hand, he notes a number of changes in the market such as an expansion of local metropolitan titles and the publication of new provincial titles in previously untapped towns; a shift in publication frequency (from weekly to daily), prices and paper size; and also changes in reading patterns due to papers’ increased affordability and availability. Hewitt exemplifies his ideas by bringing together his findings in a specific case study on the “Morning Star” (chapter 7), which became known as the “official mouthpiece of the ‘Manchester School’” (p. 143), and he concludes the volume with an outlook on further developments of press regulation in the late 1860s up until 1870 in the two final chapters.

The volume features an extensive bibliography as well as an index for the cursory reader, and as almost 100 pages of endnotes show, Hewitt has conducted elaborate original archival research (on parliamentary papers, newspapers and periodicals as well as manuscript collections) for his

comprehensive study. The book is overall well written and well researched, yet readerly guidance could at instances have been increased: a chronological overview of key events (such as the various parliamentary bills) is missing, the “Prologue” fails to outline the volume’s structure, some chapters show repetitions in their organisation, and the text displays some annoying doubling of prepositions and syntactical errors. Yet these minor cosmetic deficiencies do not impair the impression that Hewitt’s “Dawn of the Cheap Press” is an important addition to Victorian media history.

Freiburg i. Br.

Doris Lechner

20. JAHRHUNDERT

Republikanisches Weltkriegsgedenken

Ziemann, Benjamin: Contested Commemorations. Republican War Veterans and Weimar Political Culture, 328 S., Cambridge UP, Cambridge 2013.

Obwohl die Weimarer Republik nach 1990 in der Chronologie der politischen Systeme auf dem Weg in die Gegenwart einen Platz einbüßte, bleibt die Frage nach der Stabilität und dem Zerfall der ersten deutschen Demokratie aktuell. Autoren wie Thomas Mergel und Peter Fritzsche äußerten Zweifel an dem Narrativ von „relativer Stabilisierung“ und anschließender Krisenverschärfung der Weimarer Republik, wie es insbesondere von Heinrich August Winkler in seinen Arbeiten zur Weimarer Republik ausgeführt worden war. Diese neueren Beiträge verweisen auf die Vielfalt der politischen Kultur und die Chancen, die dem Parlamentarismus und genereller dem Projekt Weimar innewohnten. In diese Richtung argumentiert auch die Studie von Benjamin Ziemann „Contested Commemorations“, in der er die republikanische Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und seine Toten zwischen 1918 und 1933 untersucht. Ziemann interessiert sich für die republikanische Sinngebung von Kriegseinsatz, Kriegstoten, Kriegsniederlage, Revolution und Republik. Welche Deutungsmuster, welche symbolischen Praktiken entwickelten die republikanischen Veteranenverbände? Wie verbanden sie die Erinnerung an den Weltkrieg mit dem Kampf für die Republik? Wie erfolgreich waren sie damit?

Methodisch geht Ziemann davon aus, dass sich anhand der Breite und Tiefe der Erinnerung an den Weltkrieg die Nähe und Ferne zum republikanischen Projekt abmessen lässt. Die Weltkriegserinnerung wird so zum Kampfplatz zwischen den Republikanhängern und ihren Gegnern. Die Erinnerung an den Weltkrieg war mehr als „contested“, sie war bitter umkämpft. Dieser Kampf war nach Ziemann offen: „The history of the Weimar republic cannot simply be written as a narrative of tragic demise“ (S. 7). Wenn Ziemann das republikanische Weltkriegsgedenken in den Mittelpunkt seiner Studie rückt, vermisst er die Kräfteverhältnisse zwischen den Anhängern und den Gegnern der Weimarer Republik neu. Gerade die republikanische Weltkriegserinnerung fristete bisher – bis auf die ältere Dissertation von Karl Rohe – ein Schattendasein gegenüber dem „Stahlhelm“ und der „Dolchstoßlegende“. Ziemann schließt sich jüngeren Arbeiten an, die davon ausgehen, dass es in Weimar keine einzige und dominierende Erzählung des Ersten Weltkrieges gab, sondern zahlreiche, die einander widersprachen, aber auch berührten. Erst die Nationalsozialisten beendeten gewaltsam diese Konfliktgeschichte der Erinnerungen.

Ziemann nähert sich in sieben Kapiteln der republikanischen Weltkriegserinnerung an. Im Zentrum stehen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Während das Reichsbanner sozialdemokratisch war, die Republik verteidigte, aber auch viele Veteranen umfasste, wollte der Reichsbund explizit an den Weltkrieg und seine Toten erinnern. Besonders am Beginn der Weimarer Republik herrschte nach Ziemann noch das „linke“ republikanische Narrativ vor und war noch keineswegs von der rechtsnationalen Dolchstoßlegende verdrängt worden. Im ersten Kapitel legt er dar, wie Reichsbanner und Reichsbund an den wilhelminischen Obrigkeitsstaat erinnerten, der 1918 von Demokratie und Republik abgelöst wurde. Die republikanischen Veteranen waren damit Zeugen eines legitimen Untergangs des Obrigkeitsstaates wie auch der Legitimität der Weimarer Republik. Das zweite und dritte Kapitel gilt dem Reichsbanner beziehungsweise dem Reichsbund. Im vierten Kapitel schildert der Autor das öffentliche Gedenken an den Weltkrieg. Die Suche nach einem nationalen Weltkriegsdenkmal und nach gemeinsamen Erinnerungssymbolen wie dem „Unbekannten Soldaten“ steht im Mittelpunkt des fünften Kapitels. Das sechste Kapitel beschreibt die Rolle des Pazifismus unter

den Veteranen. Das letzte Kapitel gilt schließlich der Rolle der Massenmedien in der Erinnerung an den Krieg, besonders am Ende der Weimarer Republik.

Benjamin Ziemann arbeitet heraus, dass das Reichsbanner mit seinen 600.000 (1925/26) und der Reichsbund mit seinen 830.000 Weltkriegsveteranen (1922) eine weitaus wichtigere Rolle im Kampf für die Republik spielten als bisher angenommen. Die republikanische Weltkriegserinnerung war umfangreicher und auch erfolgreicher als es das Weimarer Krisennarrativ will. Sie konzentrierte sich auf das Leiden und den schlussendlichen Sieg über den preußischen Militarismus. Nicht die linken Parteien in der Heimat, sondern die Offiziere in der Etappe hätten die einfachen Soldaten verraten. Selbst ein gemäßigter Sozialdemokrat wie Philipp Scheidemann sprach noch 1926 mit Schaum vor dem Mund über die Kriegsgerichtsbarkeit und das Wüten der Offiziere gegen die Mannschaften. Die Konsequenz daraus konnte nicht Revanchismus, sondern nur Internationalismus sein. Der Verfasser beschreibt die republikanische Erinnerungsarbeit anschaulich anhand von republikanischen Weltkriegsveteranen wie unter anderem Fritz Einert, Martin Hobohm, Paul Freiherr von Schoenaich, Berthold von Deimling, Hermann Schützinger und Karl Mayr. Einert wünschte sich am 11. Mai 1918 in einem Brief an seine Eltern nichts mehr als die Befreiung aus dem „preußischen Gefängnis“. Martin Hobohm war einer der ganz wenigen Reichsarchivare, die sich aktiv für die Republik und gegen die Dolchstoßlegende einsetzten. Von Schoenaich, von Deimling, Schützinger und Mayr gehörten zu den pazifistisch gesinnten Offizieren, die – oft der DDP nahe stehend – die Arbeit des Reichsbanners unterstützten.

Die Ursachen für ihr schlussendliches Scheitern sieht Ziemann zum einen im Ausschluss von Frauen und generell von weiblicher Erinnerung aus dem republikanischen Weltkriegsgedächtnis, zum anderen darin, dass die Weltkriegserinnerung nicht in ein aktives Bekenntnis zur Republik und eine sinnvolle und kommunizierbare Akteursrolle der Veteranen übersetzt werden konnte.

Ein Juwel seiner Arbeit sind die Ausführungen über den „einfachen Soldaten“, der eine Art gemeinsamer Nenner der gesamten republikanischen Erinnerungskultur darstellte, während der „Stahlhelm“ die Perspektive der Offiziere und des Generalstabs einnahm. Diesen Vorteil wussten Reichsbanner und Reichsbund jedoch nicht strategisch im Sinne der Republikstabilisierung von unten zu nutzen. Zur nationalsozialistischen

Gegenfigur wurde schließlich der „einfache Gefreite“ Adolf Hitler, der die Weltkriegserinnerung zunehmend auf seine Person hin zuschnitt.

Kann Benjamin Ziemann seine über den Gegenstand hinausreichende These der bisher übersehenen Chancen des Projektes Weimarer Republik damit plausibilisieren? Ja und Nein. Ja, weil die politische Weltkriegserinnerung bisher besonders vom Blick auf „Stahlhelm“ und die recht nationalen Verbände geprägt war. Jetzt liegt eine Studie zu ihrem republikanischen Widerpart vor, die aus dem Blickwinkel der Kulturgeschichte des Politischen geschrieben ist, performativen Akten endlich ihre Bedeutung zukommen lässt und generell die Weltkriegserinnerung aus ihrer Engführung mit den Feinden von Weimar befreit. Die Zweifel rühren dann aber daher, dass Politik nicht in der Kulturgeschichte des Politischen aufgeht, sondern politisches Handeln bedeutet. Das aber impliziert Wahlen, Mehrheiten und Regierungen. Die politischen Parteien, die die Verfassung von Weimar schrieben, die ersten Kabinette bildeten und den Konsens der frühen Gründungsphase trugen, verloren am 6. Juni 1920 ihre Drei-Viertel-Mehrheit im Reichstag, um sie nie wieder zu gewinnen. Gerade dieser frühe Zeitpunkt des Machtverlustes der Verfassungsparteien deutet aber auch darauf hin, dass die Kritik an der Weimar Verfassungsordnung nicht auf Hitler zulaufen musste.

Fribourg

Siegfried Weichlein

Neue Studien zur Novemberrevolution

Führer, Karl Christian u. a. (Hrsg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, 466 S., Klartext, Essen 2013.

Die Forschung zur Revolution 1918/19 liegt in einem ‚Dornröschenschlaf‘. Dass die ‚schlafende Schöne‘ weiterhin Forschungspotential bietet, zeigt der vorliegende Band, in dessen Fokus die Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) und das Ruhrgebiet stehen. Grußworte und ein Forschungsüberblick von Jürgen Mittag leiten ihn ein. Die folgenden 20 Beiträge gliedern sich in sechs Kapitel. Den Kontext von Gewerkschaften und Revolution eröffnet Thomas Welskopp mit einem Aufsatz über die sozialen Voraussetzungen der Gewerkschaften bis zum Ersten Weltkrieg. Den Erfahrungen, die das Handeln der Gewerkschaftler festlegten, die ZAG zu gründen, geht Klaus

Schönhoven nach. Ausgehend von den Kriegsjahren arbeitet er heraus, wie sich in den Augen der Gewerkschaftsspitzen eine Kooperation von Kapital und Arbeit angebahnt hatte, die sie nun auf Dauer stellen wollten. Sozialwissenschaftlich geht der vielschichtige Beitrag von Walther Müller-Jentsch vor, der langfristige Trends des Korporatismus mit Bezug auf die ZAG diskutiert.

Ereignisse und Strukturen vor und während der Revolution beleuchtet das nächste Kapitel. Wilfried Rudloff resümiert die Arbeitergeschichte des Ersten Weltkrieges anhand der Arbeitsverhältnisse und der Ernährungslage. Zudem erörtert er einen bisher kaum erforschten Aspekt: den Wandel der Beziehungen zwischen Arbeiterorganisationen und Staat in den Kommunen. Welches Dilemma die Anerkennung der Gewerkschaften als Ordnungsfaktor mit sich brachte, schildert Ottokar Luban an den Streikwellen im Krieg. Die Entfremdung zwischen Arbeitern und Gewerkschaftsbürokratie ging auch nicht spurlos am Deutschen Metallarbeiterverband vorbei, was Willy Buschak am Aufstieg der Opposition um Robert Dißmann zeigt. Dagegen stellte die Gewerkschaftsjugend nie einen Unruheherd dar. Wie sie in eine auf Besserung der betrieblichen Arbeit abzielende Praxis integriert wurde, führt Kund Andresen aus. Jürgen Jenko klärt, wie der Anarcho-Syndikalismus nach 1918 zur Massenbewegung an der Ruhr wurde.

Eine neue Perspektive eröffnet das Kapitel „Gewerkschaftshandeln im Widerstreit“ mit einem Aufsatz Klaus Weinhauers, der sich der Arbeitswelt des Hamburger Hafens zwischen 1916 und 1924 widmet. Im Lichte eines Ansatzes, der auf sozialkonstruierte (räumliche) Ordnungen abzielt, erfasst er das Nebeneinander von zentralistisch-staatsnahen und lokal-staatsfernen Ordnungsvorstellungen. Der Sozialisierungsfrage spürt Jürgen Mittag nach. Einprägsam schildert er die Verbindungen zwischen den Ereignissen in Berlin und denen an der Ruhr. Es ist bekannt, dass die sozialpolitische Ausgestaltung der Weimarer Republik bereits 1920 ins Stocken geriet. Wie begrenzt der Einfluss der Gewerkschaften in dieser Zeit war, umreißt Michael Ruck an der Kontroverse um eine Verordnung über das Schlichtungswesen. Mit ihrem Erlass im Oktober 1923 wurde schließlich eine Zwangsschlichtung eingeführt, welche die Staatskompetenzen auf Kosten einer tarifautonomen Regelung der Arbeitsbeziehungen erweiterte. Rudolf Tschirbs wendet sich dem Betriebsrätegesetz von 1920 zu und fragt, warum es immer wieder an vorgeblichen räte-demokratischen Alternativen gemessen und den